

Adrian Hasler: «Die Digitalisierung ist für mich ein grosses Zukunftsthema»

Interview Welche Ziele sich Regierungschef Adrian Hasler für die kommende Legislaturperiode gesteckt hat und was ihm bei der doch sehr kritischen Predigt des Generalvikars zur Landtagseröffnung durch den Kopf gegangen ist, erzählt er im «Volksblatt»-Interview.

VON DORIS QUADERER

«Volksblatt: Der Staatshaushalt ist saniert, am Finanzplatz herrschen «paradiesische Zustände», wie es am Finance Forum hiess. Tönt ganz so, als könnten Sie sich jetzt zurücklehnen.

Adrian Hasler: (lacht) Nein, überhaupt nicht. Wir haben die Sanierungsphase abgeschlossen, der Staatshaushalt ist saniert. Ich bin wirklich froh, dass wir 2014 und 2015 eine positive Rechnung vorweisen konnten, auch für 2016 sieht es gut aus. Und auch am Finanzplatz ist die Stimmung deutlich besser als noch vor wenigen Jahren, aber das Umfeld bleibt herausfordernd. Ich denke, wir haben eine gute Basis für die Zukunft geschaffen. Jetzt geht es darum, die Zukunft zu gestalten und da gibt es schon ein paar Themen, welche wir anpacken müssen.

Welches wird der Hauptfokus der Regierung Hasler in den nächsten vier Jahren sein, sprich, was wollen Sie bei den Wahlen 2021 abgehakt haben?

Gesellschaftspolitische Themen wie beispielsweise die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die Auswirkungen des demografischen Wandels werden uns in den nächsten vier Jahren stark beschäftigen. Ein ganz grosses Zukunftsthema für mich ist die Digitalisierung. Damit müssen wir uns in den kommenden vier Jahren intensiv beschäftigen und zwar ministeriumsübergreifend. Deswegen haben wir dieses Thema auch im Koalitionsvertrag prominent festgehalten. Unter einem gemeinsamen Projektdach sollen die verschiedenen Teilprojekte definiert und umgesetzt werden.

Im Koalitionsvertrag steht, dass eine «digitale Agenda» geschaffen werden soll. Was konkret heisst das?

Die «digitale Agenda» soll das erwähnte Dach über den verschiedenen Projekten im Bereich Digitalisierung bilden. Ein wichtiger Punkt ist beispielsweise der Ausbau der digitalen Infrastruktur. Wir brauchen einen flächendeckenden Breitbandanschluss und wir müssen das Mobilfunknetz auf 5G umrüsten. Auch in der Verwaltung arbeiten wir an Projekten für die Zukunft. Mit einer breit verfügbaren elektronischen Identifikation soll der Zugang zu elektronischen Dienstleistungen in der Verwaltung und der Privatwirtschaft erleichtert werden. Die Einwohner sollen rund um die Uhr online Behördengeschäfte tätigen können. Ausserdem arbeiten wir an einer digitalen Aktenverwaltung. Sprich, die Akten sollen nicht mehr in Papierform in den Ämtern geführt und archiviert werden, sondern nur noch elektronisch. Ebenfalls unter die digitale Agenda fallen Projekte zur Förderung innovativer Unternehmen im Bereich der Finanztechnologien (FinTech). Verschiedene Projekte habe ich bereits in der letzten Legislatur unter dem Dach von «Impuls Liechtenstein» initiiert, wie z. B. das Regulierungslabor bei der Finanzmarktaufsicht (FMA).

Konnten durch Ihre «Impulse» Unternehmen nach Liechtenstein gelockt werden?

Ja, die Resonanz ist sehr positiv. Das Regulierungslabor der FMA stösst nach wie vor auf grosses Interesse und wird stark nachgefragt. Unternehmer haben mir mitgeteilt, dass sie rasch einen Termin bekommen



Regierungschef Adrian Hasler: «Die Interessen der Finanzplatzakteure unter einen Hut zu bringen, ist nicht immer einfach. Die Regierung ist aber bereit, Hand für gemeinsame Auftritte zu bieten.» (Foto: Michael Zanghellini)

haben und sehr kompetent beraten worden sind. Für mich ist dabei wichtig, dass die FMA im Zusammenhang mit neuen Geschäftsmodellen als «Ermöglicher» auftritt. Mittlerweile gibt es verschiedene FinTechs, welche sich in Liechtenstein angesiedelt haben. Das zeigt, dass wir mit dem Regulierungslabor doch eine Wirkung erzielen konnten und Liechtenstein im Ausland positiv wahrgenommen wird. Aber auch den Unternehmen, welche bereits hier ansässig sind, bietet das Regulierungslabor Unterstützung im Zusammenhang mit der Regulierung. Das Feedback ist auch hier sehr positiv.

Doch verschiedene FinTechs graben den traditionellen Banken das Wasser ab - werden die etablierten Finanzinstitute diesem Druck langfristig standhalten können?

Nun, die Digitalisierung lässt sich nicht aufhalten und das ist den Banken hierzulande sehr wohl bewusst. Ich möchte auch festhalten, dass wir ja nicht nur Rahmenbedingungen für Start-ups schaffen, sondern auch für die bestehenden Unternehmen. Die Landesbank beispielsweise hat als erste Bank in Liechtenstein und der Schweiz die Online-Kontoeröffnung mittels Video-Identifikation eingeführt. Das hat ein grosses Medieninteresse ausgelöst und zeigt, dass unsere Banken in diesem Bereich sehr innovativ und vorne mit dabei sind.

Zurücklehnen dürfen wir uns auch nicht, was die Vermarktung des Finanzplatzes angeht. Viele im Bankenumfeld blicken neidisch nach Luxemburg. Dort arbeiten Finanzdienstleister und Regierung Hand in Hand zusammen, um den Finanzplatz gezielt zu vermarkten. Sollten wir uns nach den Turbulenzen der letzten Jahre nicht auch stärker zusammenraufen und geschlossener auftreten?

In den letzten Jahren war der Fokus des Finanzplatzes Liechtenstein stark auf die Umsetzung der Steuerkonformitätsstrategie gerichtet. Zudem war vor allem bei der Fondsbranche bis vor Kurzem nicht klar, wann der direkte und gleichberechtigte Marktzugang zum EU-Binnenmarkt etabliert werden kann. Das al-

les hat die Vermarktung des Finanzplatzes erschwert. Dennoch gab es bereits Initiativen, gemeinsam nach aussen aufzutreten und zu kommunizieren. Dabei zeigte sich, dass die Interessen der Finanzplatzakteure zum Teil unterschiedlich sind. Diese unter einen Hut zu bringen, ist nicht immer einfach. Die Regierung ist aber bereit, Hand für gemeinsame Auftritte zu bieten. Es sind bereits weitere Roadshows geplant, an denen sich die Regierung beteiligen wird.

Dass es unterschiedliche Wahrnehmungen gibt, hat man auch am Finance Forum gemerkt. Es wurden Stimmen laut, die sagten, man müsse das «Musterschülertum» ablegen und nicht mehr im vordersten, sondern im hintersten Waggon des «Regulierungszuges» Platz nehmen. Können wir bezüglich Regulierung einen Gang zurückschalten?

Im Bereich der Regulierung sehe ich uns nicht als Musterschüler. Für uns ist wichtig, dass wir die notwendigen Regulierungen fristgerecht umsetzen und damit für Rechtssicherheit sorgen. Dies sichert uns auch den sogenannten EU-Pass, d. h. den Zugang zum Europäischen Markt - und dieser Marktzugang ist auch für unsere Finanzdienstleister absolut zentral. Unser Ziel ist es jedoch, innerhalb des Rechtsrahmens, welcher uns der EWR vorgibt, den v o r h a n d e n e n Spielraum im Interesse unserer Wirtschaft zu nutzen. Und dies machen wir auch, wo immer möglich. Wo wir aber bewusst als «Early Adopter» aufgetreten sind, war bei der Umsetzung des Automatischen Informationsaustausches (AIA). Und ich denke, das war auch aus heutiger Sicht der richtige Entscheid und hat unsere Reputation international deutlich verbessert.

Gerade die Treuhänder hatten mit diesem Schritt jedoch Mühe. Die Branche ist vom AIA hart getroffen worden. Helfen würde den Treuhändern, wenn die Liechtensteiner Stiftung (bzw. Liechtensteiner Strukturen) im Ausland anerkannt würden. Wie gross sind die Chancen, hier einen Schritt weiterzukommen? Dieses Anliegen gilt als Schlüsselthema und wird bei jedem Doppelbe-

steuerungsabkommen, das wir verhandeln, eingebracht. Es ist unser Ziel, dass die liechtensteinischen Vermögensstrukturen im Ausland anerkannt werden. Wir sind auf einem guten Weg. Bei den letzten Abkommen, welche wir abgeschlossen haben, konnten wir diesen Punkt jeweils erfolgreich durchsetzen. Aber ich weiss auch, dass es in der praktischen Umsetzung immer wieder Probleme gibt und Liechtenstein da und dort diskriminiert wird. Und das gibt mir, mit Blick auf die ganzen Schritte, die wir in den letzten Jahren unternommen haben, zu denken. Auch daran arbeiten wir intensiv.

Zu denken gegeben hat Ihnen sicher auch die Predigt des Herrn Generalvikars am Tag der Landtagseröffnung. Er hat die Politiker ziemlich abgekanzelt. Es geht immer ums Geld, die Armen und Schwachen blieben bei uns auf der Strecke, kritisierte er. Was ist Ihnen durch den Kopf gegangen, als Sie in der Kirche schweigend dem Rundumschlag des Generalvikars lauschen mussten?

Für mich hat der Generalvikar Aussagen getätigt, ohne sich vorher wirklich zu informieren. Die Politik hat die letzten Jahre Sparmassnahmen und grosse Reformen umgesetzt. Diese Schritte waren notwendig und unumgänglich - stets mit Blick auf die nachfolgenden Generationen. Deshalb verstehe ich nicht, weshalb der Generalvikar von kurzfristigem Denken spricht. Es macht den Anschein, dass er den Ernst der Lage nicht erkannt hat oder die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge nicht kennt.

Wenn wir bei der Kirche sind: Ein «Tolken» im Heft, wie man auf gut Liechtensteinisch sagt, ist, dass die Entflechtung von Kirche und Staat in der letzten Legislaturperiode nicht möglich war. Werden Sie jetzt diesbezüglich eine andere Gangart einschlagen und eine gesetzliche Lösung vorbereiten?

Das sehe ich nicht als «Tolken» in meinem Heft, wir sind ja bei den Verhandlungen zwischen den jeweiligen Gemeinden und der Kirche nicht dabei. Wir können die Gemein-

den lediglich unterstützen, und in neun Gemeinden konnte eine Lösung erzielt werden.

Sie hätten aber mehr Druck aufsetzen können.

Wir haben Druck aufgesetzt und versucht, dieses Thema zu einem Abschluss zu bringen. Aber letztendlich sind es Verhandlungen, welche auf Gemeindeebene mit der Kirche stattfinden. Für uns stellt sich jetzt die Frage, ob wir weiter auf eine Einigung setzen oder eine rein gesetzliche Lösung anstreben sollen. Schliesslich scheint es in den letzten beiden Gemeinden nicht vorwärts zu gehen. Allerdings müssen wir zuerst genau prüfen, was eine gesetzliche Lösung für die einzelnen Gemeinden bedeuten würde.

Wird es in den kommenden vier Jahren eine Lösung geben?

Es ist mein Ziel, hier einen Schritt weiterzukommen. Ob dieser Schritt in der Erarbeitung einer gesetzlichen Lösung liegt, wird sich zeigen. Was wir aber sicher herbeiführen wollen, ist eine Anerkennung anderer Religionsgemeinschaften. Das ist heute nicht möglich. Dazu bräuchte es eine Verfassungsänderung.

Die jüngst geführte Diskussion um den islamischen Friedhof zeigt jedoch, dass eine Öffnung auch nicht unbedingt einfach werden dürfte.

Hier geht es primär um die Anerkennung der evangelischen Kirche. Wenn es um den Islam geht, dann sind sicher entsprechende Vorbehalte und Ängste in der Bevölkerung vorhanden. Allerdings steht die Anerkennung des Islam derzeit nicht zur Debatte.

Apropos diskutieren - die Zusammensetzung in der Regierung hat sich ja jetzt geändert. Die VU ist mit zwei neuen Ministern vertreten. Wie ist die Zusammenarbeit in der neuen Konstellation? VU-Präsident Günther Fritz hat ja kürzlich im «Volksblatt»-Interview gesagt, dass sich Daniel Risch in einen «Dauerabgrenzungs-Wettkampf» mit Ihnen begeben werde. Risch ist also bereits in den Startlöchern als nächster Regierungschefkandidat. Also mehr Gegeneinander als Miteinander?

Aus heutiger Sicht ist das noch schwer abzuschätzen. Bisher habe ich einen positiven Eindruck von Daniel Risch, die ersten Gespräche waren konstruktiv. Ich erwarte auch, dass wir in Zukunft sachlich zusammenarbeiten und die anstehenden Aufgaben anpacken. Das Interview mit Günther Fritz im Volksblatt hat bei mir Stirnrunzeln ausgelöst. Denn an anderer Stelle hat er auch gesagt, dass die beiden Grossparteien gut zusammenarbeiten müssen. Für mich ist wichtig, dass wir als Gesamtregierung gute Arbeit leisten - im Interesse des Landes. Und hier hat ein «Dauerabgrenzungs-Wettkampf» keinen Platz.

Ja, aber für den kleineren Koalitionspartner ist es jedoch schwierig, so Stimmen aufzuholen. Auf der anderen Seite hat in der jüngeren Geschichte Liechtensteins kein Regierungschef länger als acht Jahre regiert. Werden Sie 12 Jahre anstreben?

(lacht) Diese Frage kann ich heute noch nicht beantworten. Wir haben ja eben erst mit der neuen Legislaturperiode angefangen. Ich habe mich in den letzten vier Jahren mit viel Herzblut für unser Land eingesetzt und das will ich auch in den kommenden vier Jahren tun. Es geht hier nicht um politische Spielchen, sondern es geht darum, die anstehenden Themen rasch und im Interesse des Landes anzupacken.

«Der Generalvikar hat Aussagen getätigt, ohne sich vorher zu informieren.»